



in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft

zur Bundestagswahl 2017

vielen geflüchteten Menschen ab Sommer 2015 verbundenen Aufgaben zu lösen und ein Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern. Dies kann nur mit einem gesamtgesellschaftlichen Kraftakt gelingen, an dem Bund, Länder, Kommunen sowie Wirtschaft und Zivilgesellschaft mitwirken. Dabei müssen Solidarität und soziale Gerechtigkeit im Mittelpunkt des Handelns von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft stehen.

zur vollen paritätischen Beitragsfinanzierung und die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze zumindest auf das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung.

- Bürgerversicherung einführen

Um eine bedarfsgerechte und leistungsfähige Versorgung für alle sicherzustellen, muss ein einheitliches Versicherungssystem auf Grundlage der gesetzlichen Krankenversicherung geschaffen werden, das alle gerecht in die Finanzierung einbezieht. Damit wird die Finanzierungsbasis gestärkt und die Krankenversicherung gerecht und zukunftsfest gemacht.

5. Pflegerisiko solidarisch absichern

- Pflege-Bürgerversicherung einführen

Für ein gerechtes, leistungsfähiges Pflegesystem und zur Vermeidung pflegebedingter Armut müssen in der sozialen Pflegeversicherung die Leistungen dynamisiert und ausgeweitet werden. Die soziale Pflegeversicherung ist zu einer Pflege-Bürgerversicherung weiterzuentwickeln. Die private Pflegepflichtversicherung ist unverzüglich in die solidarische Finanzierung einzubeziehen.

- Reha vor und bei Pflege stärken

Der gesetzliche Auftrag des Grundsatzes „Rehabilitation

vor und bei Pflege“ muss gezielt umgesetzt werden. Damit die Krankenkassen ihrer Verpflichtung nachkommen, sind Anreize, etwa fallbezogene Finanzzuweisungen aus dem Gesundheitsfonds, zu installieren.

- Qualität und Transparenz in der Pflege verbessern

Würdevolle, qualitativ hochwertige Pflege erfordert insbesondere eine gute Personalausstattung bei guter Bezahlung. Die Pflegequalität muss wirksam gesichert, kontrolliert und so dargestellt werden, dass fundierte Wahlentscheidungen getroffen werden können.

6. Sozialen Schutz bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sichern

- Ordnung auf dem Arbeitsmarkt herstellen

Ungerechtigkeiten und Fehlentwicklungen im Arbeitsmarkt müssen beseitigt werden. Die Umwandlung prekärer Beschäftigungsverhältnisse in sozial abgesicherte Normalarbeitsverhältnisse muss Ziel der Arbeitsmarktpolitik sein. Missbräuche bei Leiharbeit, befristeter Beschäftigung und Werkverträgen sowie Scheinselbstständigkeit sind abzuschaffen. Minijobs sind durch sozialversicherungspflichtige Arbeit zu ersetzen. Die Integration von Flüchtlingen darf nicht dazu missbraucht werden, arbeits- und sozialrechtliche Standards zu unterwandern.

- Mindestlohn erhöhen

Der gesetzliche Mindestlohn muss ein wirksames Mittel zur Armutsbekämpfung darstellen und ist daher erheblich anzuhähen. Die Anpassung muss jährlich erfolgen. Ausnahmen für Langzeitarbeitslose und Jugendliche sind zu streichen.

- Soziale Sicherheit bei Arbeitslosigkeit herstellen

Die Arbeitslosenversicherung muss wieder das vorrangige Sicherungssystem bei Erwerbslosigkeit werden. Hierzu sind die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I und die Rahmenfristen zur Erlangung der Anwartschaft zu verlängern. In einer Generalrevision muss Hartz IV überwunden werden. Ein zusätzliches Arbeitslosengeld II Plus ist einzuführen. Mit dieser Leistung soll ein Ausgleich für ehemals sozialversicherungspflichtig beschäftigte Langzeitarbeitslose geschaffen werden, um den finanziellen Abstieg in die Grundsicherung zu verhindern. Die Förderung Langzeitarbeitsloser durch Eingliederungszuschüsse ist zu verbessern.

7. Frauen und Männer konsequent gleichstellen

- Eigenständige Existenzsicherung für Frauen gewährleisten

Für ein ausreichendes Einkommen von Frauen müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gerechte Entlohnung und Aufstiegs-

chancen sowie umfassende soziale Absicherung. Frauen müssen im Alter von ihrer Rente leben können.

- Alleinerziehende unterstützen

Alleinerziehende und ihre Kinder sind besonders armutsgefährdet. Um auch für sie die Existenzsicherung zu gewährleisten, sind Alleinerziehende in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Elterngeld darf nicht auf die Grundsicherungsleistungen der Mutter bzw. des Vaters angerechnet werden.

- Gute Arbeit ist möglich

Die Minijobregelung und Steuergesetzgebung setzen Fehlanreize und verhindern sozialversicherungspflichtige Arbeit. Schwarzarbeit kann nicht toleriert werden. Auch der Privathaushalt muss als regulärer Arbeitsmarkt ausgebaut und etabliert werden. Daher müssen auch die hausnahen Beschäftigungsverhältnisse als vollwertige, sozialversicherungspflichtige Arbeit aufgewertet werden.

8. Soziale Rechte in Europa stärken

- Für ein soziales Europa

Die soziale Dimension in der EU muss gestärkt werden. Die Europäische Kommission und das Europäische Parlament müssen sich für ein soziales Europa einsetzen. Hierzu sollten sie die Mitgliedstaaten anhalten, soziale Mindeststandards

einer existenziellen Grundsicherung zu entwickeln und für ihre Bevölkerung den Zugang zu gesundheitlichen, pflegerischen und sozialen Dienstleistungen zu schaffen.

- Keine Verschlechterung sozialer Standards

Die Kernkompetenz in der Sozialpolitik liegt bei den Mitgliedstaaten und muss von diesen wahrgenommen werden. Die EU muss darauf hinwirken, dass sie eigene Mindestsicherungssysteme insbesondere zur Absicherung bei Arbeitslosigkeit aufbauen. Politische Entscheidungen auf der europäischen Ebene dürfen nicht zu einer Verschlechterung sozialer Standards in Deutschland und anderen Mitgliedstaaten führen.

- Abkehr von der rigiden Sparpolitik zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

Erforderlich ist ein Kurswechsel hin zu einem sozialen Europa mit solidarischen Krisenlösungen und sozial ausgewogenen Zukunftsprogrammen. Die zerstörerische Dominanz der Finanzmärkte in Europa muss enden, vorhandene wirtschaftliche Ungleichgewichte sind abzubauen. Notwendig ist die Abkehr von der rigiden Sparpolitik, welche große Teile der Bevölkerung, besonders in den südeuropäischen Mitgliedstaaten, in Existenznot gebracht hat und weiterhin bringt.

Foto: Henry Czauderna/fotolia



Foto: campix/fotolia, Hintergrundgrafik: Sebastian Bernhardt/fotolia